

50 Jahre DGVT – Chronologie der Ereignisse

zusammengestellt von Bernhard Scholten nach Berichten in den GVT/DGVT-Mitteilungen und der Verhaltenstherapie und psychosozialen Praxis (VPP)

Teil 2: Die zweiten 25 Jahre von 1993 bis 2018

1993:

Bill Clinton wird Präsident der USA. Boris Jelzin löst das Parlament auf, es kommt zu Unruhen in Russland. Drei Tage nach der Verschärfung des Asylrechts sterben in Solingen fünf Menschen türkischer Herkunft durch einen Brandanschlag. Bundeskanzler Kohl lehnt die Teilnahme an der Trauerfeier ab. Es gibt insgesamt über 300 weitere ausländerfeindliche Anschläge in Deutschland. In Bischofferode wird das Kali-Werk trotz eines 81-tägigen Hungerstreiks der Arbeiter geschlossen. Über 10.000 Arbeitsplätze gehen verloren; die Treuhand übergab die ostdeutschen Kaliwerke dem BASF-Konzern, der damit eine Monopolstellung für Kalisalze bekam.

Sozialpolitisch bedeutsam ist die Einführung eines brancheneinheitlichen Standardtarifs in der privaten Krankenversicherung, der einen Versicherungsschutz auf GKV-Ebene für geringverdienende Selbstständige mit einem begrenzten Höchstbetrag schafft.

Die DGVT feiert im November in Tübingen ihr 25-jähriges Bestehen. Gerhard Brückner, Hertha Collin, Cornelia Paulus, Bernhard Stefanides und Peter Schulz bilden den DGVT-Vorstand. Ute Sonntag kandidierte nicht erneut zum Vorstand. Bei einem Fachgespräch mit Bundesgesundheitsminister Seehofer erklärte dieser, das Psychotherapeutengesetz sei zurzeit nicht vorrangig, zuerst müsste die Kostenexplosion im Gesundheitswesen begrenzt werden. Im Sommer legt das Bundesgesundheitsministerium dennoch einen Entwurf für ein Psychotherapeutengesetz vor. Das Gesetz scheitert im ersten Durchgang durch den Bundesrat, da die Mehrheit der Länder die vom BMG geplante 10 prozentige Selbstbeteiligung ablehnt.

Im Herbst 1993 gibt es 18 Lehrgänge mit der Fern-Universität Hagen in Verhaltenstherapie, an denen rund 500 Personen teilnehmen. Aufgrund des vorgelegten Entwurfs für ein PsychThG plant der Vorstand die Voraussetzungen zur Gründung von Weiterbildungsinstituten zu schaffen; dennoch will der DGVT-Vorstand seine sozialpolitischen Ziele nicht aufgeben und weiter gegen die Privatisierung psychosozialer Dienstleistungen eintreten. Erstmals gibt es für die DGVT-Geschäftsstelle und den DGVT-Verlag jeweils einen eigenen Haushalt.

1994:

Die UN zählt 41 Kriege, mehr als 20 Millionen Menschen sind auf der Flucht. In Ruanda werden rund 1 Millionen Menschen ermordet. Der Balkankrieg geht mit der Belagerung von Sarajevo weiter. Gekämpft wird auch in Armenien, Georgien, Abchasien und Tschetschenien. Nelson Mandela wird erster schwarzafrikanischer Präsident von Südafrika. Österreich, Schweden und Finnland entscheiden sich durch Volksabstimmung für den EU-Beitritt. Jassir Arafat, Shimon Perez und Yitzhak Rabin erhalten den Friedensnobelpreis.

In Deutschland wird Helmut Kohl zum vierten Mal zum Bundeskanzler gewählt. Gerhard Schröder gewinnt die Wahl in Niedersachsen und wird Ministerpräsident. Die letzten russischen Truppen verlassen Deutschland.

Die Pflegeversicherung wird als fünfte Sozialversicherung vom Bundestag verabschiedet und zum 1.1.1995 eingeführt. Der § 175 StGB, der Homosexualität unter Strafe stellte, wird aufgehoben. In Frankfurt wird der erste Fixerraum für Heroinabhängige eingerichtet. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz wird private Arbeitsvermittlung zugelassen. Die Bundesanstalt für Arbeit verliert das Vermittlungsmonopol. Die „Treuhand“ beendet ihre Arbeit.

Die DGVT wächst durch das regional-organisierte Weiterbildungsangebot mit der Fern-Universität Hagen wieder. Die finanzielle Situation der DGVT ist wieder gut (Ausgaben: 1,54 Mio. DM, Einnahmen: 1,71 Mio. DM). Den Vorstand bilden Monika Basqué, Gerhard Brückner, Hertha Collin, Bernhard Stefanides und Peter Schulz. Die AG Frauen plant eine Tagung zur Vielfalt weiblicher Sexualität, der Ethik-Beirat legt den Entwurf von Rahmenrichtlinien psychotherapeutischen Handelns vor, der wesentlich durch die inhaltliche Vorarbeit der AG Frauen geprägt ist. Die AG gegen Rassismus und Antisemitismus in der psychosozialen Versorgung hat ganz wesentlich den DGVT-Kongress mit dem Thema „Ausgrenzen – eingrenzen – entgrenzen“ mitgestaltet. Die DGVT arbeitet mit der Fern-Universität Hagen an einem Curriculum für ein Weiterbildungsangebot „Beratung“.

1995:

Die serbische Armee erobert die UN-Schutzzone Srebrenica, ermordet mehrere tausend Menschen „vor den Augen der UN-Schutztruppen“ und vertreibt über 40.000 Menschen. Die kroatische Armee erobert das von Serbien besetzte Krajina, mehr als 120.000 Menschen fliehen. Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin wird ermordet. In Oklahoma/USA sterben 160 Menschen bei einem Bombenanschlag von Rechtsextremisten. Das Schengen-Abkommen tritt in Kraft, die innereuropäischen Grenzen sind offen.

Der Bundestag beschließt die Neuregelung des Abtreibungsrechts; Abtreibung bleibt ohne vorheriger Beratung strafbar. Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung gründen die „Zentralstelle der deutschen Ärzteschaft zur Qualitätssicherung in der Medizin“ (später: Ärztliches Zentrum für Qualität in der Medizin). Ziel ist die Implementierung einer evidenzbasierten Medizin. Die Krankenkassenkarte wird eingeführt. Die Bundesregierung erklärt, noch in der 12. Legislaturperiode (1994 – 1998) ein Psychotherapeutengesetz vorzulegen.

In der MV werden Hertha Collin, Gerhard Brückner wieder und Frank Nestmann neu gewählt. Bernd Stefanides scheidet aus dem Vorstand aus. Monika Basqué und Peter Schulz, der nach seiner Heirat Peter Petereit heißt, bleiben im Vorstand. Der erste mit der Fern-Universität Hagen entwickelte Fortbildungskurs „Beratung“ kann wegen mangelnden Interesse nicht im Herbst starten. Armin Kuhr, MHH, macht im Auftrag der DGVT in einem Gutachten Vorschläge zur Verbesserung der DGVT-Weiterbildung in „Psychotherapie mit dem Schwerpunkt Verhaltenstherapie“. Er schlägt u.a. vor die regionalen Fortbildungsangebote zu Weiterbildungsakademien weiterzuentwickeln. Die MV verabschiedet „Ethische Rahmenrichtlinien“. Der Vor-

stand vereinbart eine enge Zusammenarbeit mit der neugegründeten Gesellschaft für gemeindepsychologische Forschung und Praxis (GGFP). Die DGVT gerät durch Mitgliederrückgang und verstärkter politischer Arbeit erneut in finanzielle Schwierigkeiten.

1996

In London verübt die IRA einen Bombenanschlag mit 2 Toten und mehreren hundert Verletzten. Die Hamas verübt mehrere Bombenanschläge in Israel, der Friedensprozess stockt, Benjamin Netanjahu wird Ministerpräsident. In Schottland wird das Schaf Dolly geklont. Das Dayton-Abkommen wird in den ehem. jugoslawischen Staaten umgesetzt, somit können rund 300.000 Flüchtlinge zurückkehren. In Dublin verständigen sich die EU-Staaten auf einen Stabilitätspakt und auf die Kriterien für die Währungsunion (EURO-Länder).

Rund 19.000 Polizisten schützen den Castor-Transport von Frankreich nach Gorleben. Die Telekom geht an die Börse. In der deutschen Hauptstadt Bonn demonstrieren rund 350.000 Menschen gegen den geplanten Sozialabbau durch das „Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz“. Weitere Kürzungen gibt es durch das Gesetz zur Stabilisierung der Krankenhausaussgaben, z.B. durch Einführung von Fallpauschalen (Vorläufer der DRG) und die Beendigung der Zulassung zur vertragsärztlichen (ambulanten) Versorgung durch die 45 Fachambulanzen der konfessionellen Krankenhäuser in den neuen Bundesländern. Die Polikliniken (Ambulatorien) sind damit „abgewickelt“.

Die MV wählt für Monika Basqué Berrin Özlem Otyakmaz in den Vorstand, dem weiterhin Gerd Brückner, Hertha Collin, Frank Nestmann und Peter Petereit angehören. Der Kongress „Vielfalt gestalten – Aufgaben und Formen psychosozialen Handelns“ greift u.a. die aktuellen Debatten zur Qualität in der Psychotherapie und Beratung auf. Kontrovers diskutiert wird vor dem Hintergrund der noch immer hohen Arbeitslosigkeit von Diplom-Psychologinnen und Psychologen eine Quotierung von Berufsgruppen bei den regionalen Weiterbildungen (z.B. maximal 50 % Ärztinnen oder Ärzte). Die MV diskutiert „Überlegungen zur Qualitätssicherung in der Psychotherapie“. In der VPP 2/96 erscheint eine „Europa-Spalte“, mit der über aktuelle Entwicklungen informiert werden soll. Sie erscheint letztmalig 4/97. Der Vorstand führt gemeinsam mit anderen Verbänden drei Gespräche mit dem Bundesgesundheitsministerium und ein Gespräch mit der SPD-BT-Fraktion zu einem möglichen Psychotherapeutengesetz. Die Psychotherapieverbände schließen sich zu einem Dachverband für Psychotherapie zusammen.

1997

Tony Blair wird mit „New Labour“ Ministerpräsident von Großbritannien. Die NATO beschließt die Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn. Zahlreiche Menschen sterben bei Terroranschlägen in Ägypten, Algerien und Israel. Eine Finanzkrise bremst die wirtschaftliche Entwicklung aufstrebender asiatischer Staaten wie Indonesien, Südkorea und Thailand. Thyssen und Krupp-Hoesch fusionieren zu einer Stahlgesellschaft. Bei einem Brandanschlag auf die Wohnung einer türkischen Familie in Krefeld sterben drei Menschen.

Vergewaltigung in der Ehe wird strafbar. Das gemeinsame Sorgerecht für Mütter und Väter, die geschieden oder nicht verheiratet sind, wird eingeführt. Mit dem Gesetz zur Entlastung der Beiträge in den gesetzlichen Krankenkassen werden zahlreiche Leistungen aus dem Leistungskatalog der GKV (z.B. Brillen, Zahnersatz, Kürzung Krankengeld, Gesundheitsförderung, Fahrtkosten, Zuzahlung bei Arznei-, Verband- und Heilmittel) gestrichen. Die Praxisbudgets für die ambulante ärztliche Versorgung werden eingefügt.

Im Juni legen die Regierungsfractionen einen Entwurf für ein Psychotherapeutengesetz vor, nachdem am 14. Mai rund 5000 Personen für ein PsychThG in Bonn demonstriert hatten. Die „Rosa Beilage“ erscheint als Supplement zur VPP regelmäßig. In der DGVT-Stellungnahme werden die Folgen für die Versorgung und den Beruf in Abgrenzung zur ärztlichen Psychotherapie thematisiert. Die Folgen für die psychiatrische und psychosoziale Versorgung treten im weiteren Verlauf der Debatte (Anhörung Gesundheitsausschuss) deutlich in den Hintergrund. Die KBV fordert weiter das Primat des Arztes und lehnt das Integrationsmodell ab.

Die MV beschließt die gemeinsam mit der Fern-Universität Hagen angebotene Weiterbildung in „Psychotherapie mit dem Schwerpunkt Verhaltenstherapie“ mit Blick auf das angekündigte Psychotherapeutengesetz an den KBV-Anerkennungskriterien auszurichten. Die DGVT plant die Gründung regionaler Weiterbildungsinstitute als gGmbHs. Die DGVT und das jeweilige regionale Institut halten jeweils 50 Prozent Gesellschafteranteile. Die MV beschließt das in Bedburg-Hau entwickelte Pilotprojekt eines Weiterbildungsinstitutes als Regelform für die DGVT-Weiterbildung einzuführen. Die MV wählt Gerhard Brückner und Frank Nestmann erneut in den Vorstand; Ulla López-Frank ersetzt Hertha Collin. Peter Petereit und Berrin Özlem Otyakmaz bleiben im Vorstand. Die selbstorganisierten DGVT-AK beschäftigten sich mittlerweile vorwiegend mit der gegenseitigen Supervision. Aus- und Weiterbildung im ursprünglichen Sinne findet kaum noch statt. Die AG gegen Rassismus und Antisemitismus nutzt das europäische Jahr gegen Rassismus für eine eigene Tagung, Veranstaltungen und Stellungnahmen. Die DGVT erarbeitet ein Gesundheitspolitisches Programm 2000. Der Haushalt weist eine Deckungslücke von 400.000 DM aus, seit 1995 wurden jährlich rund 130.000 DM mehr ausgegeben als eingenommen. Der Mitgliedsbeitrag wird erhöht.

1998

Bei Terroranschlägen von al-Qaeda vor den Botschaften der USA in Kenia und Tansania werden 224 Menschen getötet und über 5.500 verletzt. In Afghanistan töten Talibans mehrere tausend Menschen der Volksgruppe der Hazara. In Deutschland endet das staatliche Postmonopol. Bisherige öffentliche Leistungen sind privatisiert (Bahn, Post, Telekommunikation). Die Arbeitslosenquote liegt bei 12,6 Prozent. Die EU stärkt mit der Agenda 2000 den freien Wettbewerb in Europa. Der Bundestag beschließt die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion mit dem EURO als Währung. Am Karfreitag wird das Friedensabkommen für Nordirland abgeschlossen. Im Kosovo, Teil Serbiens, wählen die Einwohner ein eigenes Parlament. Beginn der Kosovo-Krise. Die RAF erklärt ihre Auflösung. SPD und Bündnis 90/Die Grünen bilden mit Bundeskanzler Gerhard Schröder die neue Bundesregierung.

Der Bundestag verabschiedet das Psychotherapeutengesetz, das zum 1.1.1999 in Kraft tritt. Der neugewählte Bundestag nimmt in dem Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung einen Teil der Kürzungen zurück, so werden die Zuzahlungen zu Arznei-, Heil- und Hilfsmittel gesenkt und das Psychotherapie-Budget erhöht. Sexueller Missbrauch in der Therapie ist seit dem 1.4.1998 ein Straftatbestand. Die röm.-kath. Kirche zieht sich auf Weisung des Papstes aus der Schwangerenkonfliktberatung zurück.

Der Kongress lockt mit dem Rahmenthema „Lust und Last“ mehr als 1300 Teilnehmende nach Berlin. Den Vorstand bilden Gerhard Brückner, Ulla López-Frank, Frank Nestmann, Berrin Özlem Otyakmaz und Andreas Veith. Peter Petereit scheidet aus. Die DGVT organisiert im Vorgriff auf das PsychThG Ergänzungsqualifikationskurse. Steffen Fliegel wird – delegiert von der Arbeitsgemeinschaft der Psychotherapie-Verbände (AGPT) - Mitglied im (Bundes-)Fachausschuss Psychotherapie. Die AGPT setzt sich für eine wissenschaftlich überprüfbare Psychotherapie ein. Es gibt Streit um die Leitung und die Aufgaben des Wissenschaftlichen Beirates (nach § 11 PsychThG). Die AGPT kann sich nicht auf gemeinsame Vertretungen im Beirat verständigen. Diskutiert werden die sozialrechtlichen Übergangsregelungen, auf die sich GKV und KBV verständigt haben und mit denen viele in psychosozialen Diensten und Einrichtungen psychotherapeutisch Tätige ausgeschlossen würden. Die DGVT plant die regionalen Angebote zu Ausbildungsstätten auszubauen und wird zum „Dachverband regionaler Ausbildungsstätten“. Die lange geplante und zweimal verschobene Beratungsweiterbildung beginnt. Im Oktober findet mit rund 200 Teilnehmenden der 1. gemeinsam von der Gesellschaft für Gemeindepsychologische Forschung und Praxis (GGFP) und DGVT organisierte Gemeindepsychologische Kongress zum Thema „Qualität durch Partizipation und Empowerment“ in München statt. AWK und ANK legen ein gemeinsames Positionspapier „Mit alten Zöpfen ins neue Jahrtausend?“ zur Weiterentwicklung der DGVT-Strukturen vor. Die Zahl der Mitglieder wächst wieder.

1999

Deutschland beteiligt sich an dem Luftkrieg gegen Serbien zur „Lösung der Kosovo-Krise“. Boris Jelzin ernennt Wladimir Putin zum Ministerpräsidenten. Das Impeachment-Verfahren gegen Bill Clinton scheitert. In den USA sterben bei einem Amoklauf zweier Schüler an der Columbine High-School 15 Menschen. Das Internet verbreitet sich. Oskar Lafontaine tritt von allen Ämtern zurück. Er kritisiert die neo-liberale Orientierung - im Schröder-Blair-Papier dargestellt - von Rot-Grün. Hans Eichel kündigt den „Einstieg in den Ausstieg aus der Staatsverschuldung“ an. Helmut Kohl weigert sich, die Namen von Wahlsponder zu nennen. Die CDU-Spendenaffäre beginnt.

Mit dem Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wird die Entgeltgrenze auf 630 DM erhöht. Arbeitgeber schaffen „neue“ Arbeitsplätze für geringfügig Beschäftigte zu Lasten von tarifrechtlich entlohnerten Arbeitsplätzen. Mit dem Haushaltssanierungsgesetz soll eine Minderung der Verschuldung erreicht werden. Die Rentenanpassung richtet sich nach der Inflationsrate. Das GKV-Gesundheitsreformgesetz nimmt Kürzungen der letzten Regierung zurück. Prävention und Gesundheitsförderung werden wieder GKV-Leistungen. Die Selbsthilfe wird

gefördert. Ein neues Preissystem (DRG) für die Krankenhäuser soll zum 1.1.2003 eingeführt werden.

Die MV beschließt eine neue Verbandsstruktur: es gibt einen geschäftsführenden Vorstand, den nach der Wahl Mechthild Greive, Ulla López-Frank und Andreas Veith bilden, und einen erweiterten Vorstand mit je einem Mitglied aus den Kommissionen. Dazu gehören Gerhard Per für die AWK, Peter Petereit für die RDK und Heiner Vogel für die ANK. Zentrale Aufgaben des Vorstandes sind die Re-Organisation der Ausbildung (ehemals Weiterbildung) in regionalen Ausbildungszentren, die Regionalisierung der DGVT durch Ländervertretungen in Vorbereitung auf die politisch geplanten Psychotherapeutenkammern, die die DGVT politisch ablehnt, und die Umstrukturierung der Geschäftsstelle. Es werden erste Ländergruppen gebildet. Finanziell beginnt sich die DGVT zu konsolidieren, die Rückstellungen sind von 100.000 DM Ende 1997 über 900.000 DM Ende 1998 und 1,3 Mio. DM gestiegen. Der Vorstand beruft das FORUM BERATUNG, um das Thema Beratung verstärkt in der DGVT zu verankern. Monika Bormann, Ute Sonntag und Irmgard Vogt erklären sich bereit, die Arbeit der Frauen-AG fortzusetzen. Die DGVT wird wieder Mitglied in der EABCT. Die DGVT schließt mit der Deutschen Psychotherapeuten Vereinigung (DPtV) eine Kooperationsvereinbarung und gründet gemeinsam mit dem DPtV die Allianz psychotherapeutischer Berufs- und Fachverbände. Es gibt Diskussionen um die Auswirkungen der Entscheidungen des Wissenschaftlichen Beirates. Die Rechtsstellung angestellter Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wird von der DGVT thematisiert.

2000

Wladimir Putin wird russischer Präsident; Georg Bush jr. wird Präsident in den USA. Griechenland wird als 12. EU-Staat in die Euro-Zone aufgenommen. Helmut Kohl tritt vom Ehrenvorsitz der CDU zurück, Angela Merkel wird CDU-Vorsitzende. Mit der rot-grünen Steuerreform werden Spitzenverdiener deutlich entlastet. In Dessau wird ein Mosambikaner von Rechtsradikalen zu schwer verletzt, dass er daran stirbt. In Nürnberg ermordet die NSU den türkischen Blumenhändler Enver Simsek. Vodafone übernimmt Mannesmann, um dessen Telefonleitungen zu erhalten. Die UMTS-Lizenzen werden für rd. 98 Mrd. DM verkauft. Die Deutsche Post geht an die Börse. Sie ist rd. 13 Mrd. DM wert. An der Börse platzt die Dotcom-Blase. Das menschliche Genom ist vollständig entschlüsselt.

Gewaltfreie Erziehung wird im SGB VIII normiert. Mit dem Gesetz zur Rechtsangleichung in der GKV werden die letzten Reste des DDR-Gesundheitswesens in den neuen Ländern dem westdeutschen System angeglichen.

Heiner Vogel wird in den geschäftsführenden DGVT-Vorstand gewählt, Ulla López-Frank und Mechthild Greive bleiben im Vorstand. Rudi Merod (ANK) wird für Heiner Vogel in den erweiterten Vorstand gewählt, im dem auch Gerd Per (AWK) und Peter Petereit (RDK) sind. Die Landesgruppen und die Funktion der Landessprecherin/-sprecher wird in die Satzung aufgenommen. Der DGVT-Vorstand schreibt ein Promotionsstipendium zur Geschichte der Verhaltenstherapie und der DGVT aus. Weiter wird ein Projekt zur arbeitsplatzbezogenen Gesundheitsförderung von Frauen von der DGVT ausgeschrieben. Erstmals wird der DGVT-Kongress professionell durch

eine Kongressfirma vorbereitet und durchgeführt. Heiner Keupp ist erster Preisträger der Distinguished-German-Visionary-Trophy (D.G.V.T.). Die Geschäftsstelle wird analog zur Vereinsstruktur fortentwickelt. Es hat sich eine Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie (AG KiJu) gegründet. Mittlerweile gibt es in Bad Schussenried, Berlin, Bonn, Dortmund, Dresden, Hannover/Hildesheim, Krefeld, München/Bad Tölz und Münster Ausbildungszentren. Geplant werden ABZ in Datteln und Ostwestfalen-Lippe. In 15 Ländern gibt es Landesvertretungen, Hessen hat Ende 2000 noch keine. Bei einem Treffen aller Psychotherapeutenverbände (Arbeitsgemeinschaft der Richtlinienverbände, Allianz psychotherapeutischer Berufs- und Fachverbände und die „Gruppe“ um BDP-VPP, GwG/AGPF) kann keine gemeinsame Stellungnahme zum PsychThG verabschiedet werden. Die DGVT fordert mit der Allianz die Einbeziehung der neuen Heilberufe in Prävention und Rehabilitation.

2001

In Deutschland gibt es mehr als vier Millionen Arbeitslose. Bei Terroranschlägen auf das World-Trade-Center und das Pentagon sterben über 4000 Menschen. Die NATO stellt den kollektiven Verteidigungsfall fest. Ein russisches Flugzeug wird von der Ukraine auf dem Weg nach Tel Aviv abgeschossen. Die USA beginnen ihren Luftkrieg gegen Afghanistan. Der Deutsche Bundestag beschließt einen Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Auf der Afghanistankonferenz in Bonn verständigt man sich auf eine Übergangsregierung unter Leitung von Hamid Karsai.

Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer tritt wegen des BSE-Skandals zurück, Ulla Schmidt übernimmt das Amt. Der Deutsche Bundestag beschließt eine Rentenreform und führt die Riesterrente ein. Die „Verpartnerung“ schwuler und lesbischer Paare wird gesetzlich eingeführt. Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, bekennt sich zur Homosexualität. Beim PISA-Test erreicht Deutschland den 25. Platz. Das Sozialgesetzbuch Neun regelt die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen. Es führt zu einem Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik. In den östlichen Bundesländern streiken Ärzte und Ärztinnen (vergeblich) gegen den Systemwechsel. In Berlin gründet sich ein Gesundheitsparlament als Zusammenschluss von NRO's aus dem Gesundheitswesen.

Die DGVT-MV beschließt eine umfangreiche Satzungsänderung mit dem Ziel, auch die berufsrechtlichen Interessen ihrer Mitglieder vertreten zu können und eine Ausbildung in Psychotherapie anzubieten, die den Anforderungen der PsychThG entsprechen. Die Anerkennungskommission (ANK) wird zur Qualitätssicherungskommission (QSK). Erstmals treffen sich die Kurssprecherinnen und -sprecher der Ausbildungsinstitute. Ulla López-Frank und Mechthild Greive werden erneut in den geschäftsführenden Vorstand gewählt, zu dem auch Heiner Vogel gehört. Im erweiterten Vorstand sind Rudi Merod (QSK), Peter Petereit (RDK) und Hubert Kötter (AWK). Gemeinsam mit der GGFP lädt die DGVT zu einem Denkworkshop „Förderung psychischer Gesundheit und Prävention psychischer Erkrankungen“ ein. Die DGVT diskutiert die Fortentwicklung der Verhaltenstherapie zur Allgemeinen Psychotherapie (Klaus Grawe). Auch in Hessen gibt es eine Landesvertretung, deren Sprecher Wilfried Schaeben Mitglied im Errichtungsausschuss für die Psychotherapeutenkammer wird. DGVT-Mitglieder kandidieren mit den Allianz-Verbänden bei Kammerwahlen in den Ländern. Es gründen sich Fachgruppen für „Niedergelassene“ und

„Angestellte und Beamte“. In der VPP 3/2001 erscheint ein Problemaufriss zur Geschichte der Verhaltenstherapie und der DGVT.

2002

Der Euro wird als Papiergeld eingeführt und löst die DM ab. In der Türkei erhält die pro-islamische Gerechtigkeitspartei (AKP) aufgrund der 10 Prozent Hürde mit 35 % der Stimmen fast eine zweidrittel Mehrheit im Parlament. Recep Tayyip Erdogan wird 2003 türkischer Ministerpräsident. Die Wirtschaftskrise in Deutschland weitet sich aus, die Zahl der Insolvenzen erreicht ihren Höhepunkt. Der DAX sinkt erstmals seit acht Jahren unter 3000 Punkte. Der Osten Deutschlands versinkt in den Fluten der Elbe und fordert 20 Tote. Rot-Grün gewinnt die Bundestagswahlen mit rd. 8000 Stimmen Vorsprung. Wolfgang Clement wird „Superminister“; er baut das Sozialsystem um. Der Atomausstieg für 2021 wird gesetzlich beschlossen. In Erfurt erschießt ein Schüler 15 Menschen und dann sich selbst.

Das erste und zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (HARTZ I und II) werden verabschiedet. Sie regeln die Mini- (bis 400 Euro) und Midi- (zwischen 400 und 800 Euro) Jobs. Der Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen wird neu geregelt. Das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen streicht den Landeszuschuss zur Erziehungsberatung. Prostitution wird zu einem sozialversicherungspflichtigen Beruf.

Die MV wählt Armin Kuhr und Heiner Vogel in den geschäftsführenden Vorstand. Mechthild Greive bleibt im Vorstand. Den erweiterten Vorstand bilden Rudi Merod (QSK), Hubert Kötter (AWK) und Peter Petereit (RDK). Der Kongress mit dem Thema „Gentherapie statt Psychotherapie – (K)Ein Abschied vom Sozialen?“, den die DGVT mit der GGFP ausgerichtet hat, war mit 800 Teilnehmenden schlecht besucht, obwohl die eingeladenen Humangenetikerinnen und -genetiker mehr die Grenzen als die Möglichkeiten ihrer Forschungen darstellten. Den D.G.V.T.-Preis erhielt Alexa Franke, die mit ihrer Arbeit die Salutogenese von Anton Antonovsky in Deutschland bekannt gemacht hat. Die DGVT führt Gespräche mit der Gewerkschaft ver.di über die Eingruppierung der Auszubildenden in der Psychotherapie. Die Finanzierung der privatwirtschaftlich-organisierten Ausbildung wird kritisch diskutiert. Zum Jahresende gibt es zwölf DGVT-Ausbildungszentren, von denen fünf auch eine Ausbildung in Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie anbieten. Die DGVT ist in der Allianz Psychotherapeutischer Berufs- und Fachverbände und im GK II – Gesprächskreis aller Psychotherapeutenverbände aktiv. Die DGVT arbeitet auch mit dem Ärzteforum Psychotherapeutischer Verbände zusammen. Das Forum ist für berufsgruppenübergreifende Zusammenarbeit. Die Kritik an der Bedarfsplanung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, die unter die Bedarfsplanung für die Erwachsenenpsychotherapie subsummiert wird, nimmt zu. Es fehlen Sitze für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie.

DGVT und Fern-Universität Hagen beenden ihre Zusammenarbeit bei der Weiterbildung „Beratung“, da diese Weiterbildung nach vier Kursen kaum nachgefragt wird. Das Forum Beratung will die Weiterbildung eigenständig fortführen. Aus der Präventionsfachtagung (vgl. 2001) entsteht mit Unterstützung der DGVT das German Network für Mental Health.

2003

Der Irakkrieg, initiiert von den USA und GB, bestimmt die Außenpolitik, innenpolitisch wird die Agenda 2010 diskutiert. Beides führt zu Protesten und Demonstrationen. Die EU beschließt die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern (Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern).

Die GKV-Spitzenverbände planen die Gründung einer „Stiftung Gesundheitsförderung und Prävention“ mit 25 Mio. € Startkapital. Die Bundesregierung legt den Entwurf eines Präventionsgesetzes vor. Die Fallpauschalen (DRG) werden zur Regelfinanzierung der Krankenhäuser, die psychiatrischen Kliniken und Abteilungen behalten tagessgleiche Pflegesätze. Die Praxisbudgets für den ambulanten Sektor werden nach einer Entscheidung des BSG abgeschafft. Mit dem geplanten Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) werden zahlreiche Leistungskürzungen (Praxisgebühr, keine Bezahlung rezeptfreier Medikamente, Streichung von Sterbegeld, Entbindungsgeld, ...) eingeführt, aber auch neue Strukturelemente wie die integrierte Versorgung und die Ermächtigung von Krankenhäusern zur ambulanten Versorgung eingeführt. Das Betreuungsrecht wird reformiert. Die Bundespsychotherapeutenkammer wird gegründet.

Den DGVT-Vorstand bilden Mechthild Greive, Armin Kuhr und Heiner Vogel. Den erweiterten Vorstand bilden Hubert Kötter (AWK), Rudi Merod (QSK) und Peter Peterleit (RDK). Nach einer Satzungsänderung wird Jürgen Kuhlmann kommissarisch für den Länderrat in den erweiterten Vorstand gewählt. Die Diskussion um Form und Inhalt der Ausbildung (insbesondere das klinische Jahr) werden kritisch diskutiert. Die DGVT initiiert zur Ausbildung ein Expertenforum mit MdBs. Die Gewerkschaft ver.di verstärkt ihr Engagement für angestellte Psychotherapeutinnen und -therapeuten und verhandelt über die Eingruppierung der Auszubildenden in der Psychotherapie. Die Psychotherapeutenverbände beginnen im Gesprächskreis II Strukturen zu entwickeln, um gegenüber der Politik und der Ärzteschaft einheitlicher aufzutreten. Die DGVT-Meinungsbildung verlagert sich auf das gemeinsame Treffen der DGVT-Gremien und Fachgruppen einschließlich der Ländersprecherinnen und -sprecher (Intergremientreffen).

2004

Die EU wird um zehn Staaten größer. Sieben osteuropäische Staaten werden NATO-Mitglieder. Im Irak, Afghanistan, Russland und Israel gibt es zahlreiche Terrorattentate. Die USA räumt ein, keine Giftgase im Irak gefunden zu haben. In Madrid sterben 191 Menschen bei einem Bombenattentat, 1500 werden schwer verletzt. Mark Zuckerberg startet als Student das Unternehmen Facebook. Der Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg beginnt. Durch einen Tsunami im Indischen Ozean sterben über 200.000 Menschen.

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz tritt in Kraft. Der Bundestag beschließt mit der Einführung des Sozialgesetzbuches Zwei die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zur Grundsicherung (HARTZ IV). In Berlin, Stuttgart und Köln demonstrieren über 500.000 Menschen gegen die HARTZ IV – Gesetze. Die rot-grüne Regierung führt die schrittweise Besteuerung der Renten ein. Bayern legt den Entwurf einer SGB VIII-Reform vor mit dem Ziel, Eltern für Jugendhilfeleistungen be-

zahlen zu lassen, um die kommunalen Haushalte zu entlasten. DGVT und andere Verbände protestieren.

Der DGVT-Kongress „Brennpunkt: Psychotherapie“ an der Humboldt-Universität Berlin hat 1200 Teilnehmende. Den D.G.V.T.-Preis erhält Gerd Sommer für seine langjährige friedenspolitische Arbeit. Im Rahmen des Kongresses gibt es das 4. Treffen der DGVT-LehrgangssprecherInnen und ein Expertenhearing zu den Folgen des PsychThG. Mechthild Greive, Armin Kuhr und Heiner Vogel bilden den geschäftsführenden, Hubert Kötter (AWK), Peter Petereit (RDK) und Rudi Merod (QSK) bilden gemeinsam mit Jürgen Kuhlmann (Länderrat) den erweiterten Vorstand. Die MV diskutiert den von der Ethikkommission vorgelegten Ethikkodex mit Satzungsrang. Die Ausbildung in den ABZ hat die selbstorganisierte Ausbildung in den DGVT-Arbeitskreisen abgelöst, die auf Vorschlag der AWK die kollegiale Supervision übernehmen. 27 Fach- und Berufsverbände gründen die Deutsche Gesellschaft für Beratung – German Association for Counseling (DGfB), Mechthild Greive wird in den erweiterten Vorstand gewählt. Der GK II diskutiert u.a. die Finanzierung der niedergelassenen PsychotherapeutInnen, die Beschlüsse des Bewertungsausschusses und die Psychotherapie-Richtlinien. Die DGVT greift innovative Ansätze aus dem SGB V auf und diskutiert die Integrierte Versorgung und Medizinische Versorgungszentren (vgl. VPP 1/2005) als Alternativen zur niedergelassenen Einzelpraxis. Auf der 5. Europäischen Konferenz für Gemeindepsychologie wird über die „Soziale Verantwortung im Zeitalter der Globalisierung – lernende Gemeinschaften, Empowerment und Lebensqualität“ berichtet, diskutiert und gestritten. Die DGVT hat erstmals seit 1999 mehr Ein- als Austritte zu verzeichnen. Die finanzielle Situation ist mittlerweile stabil.

2005

Die Sozialreformen (HARTZ IV) treten in Kraft. Die SPD verliert die Wahlen in NRW. Bundeskanzler Schröder stellt die Vertrauensfrage, um vorgezogene Neuwahlen zu erreichen. Die CDU gewinnt die Wahlen mit 35,2 % vor der SPD mit 34,2 %. Angela Merkel wird von einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD zur Bundeskanzlerin gewählt. Papst Johannes Paul II stirbt, sein Nachfolger wird Josef Ratzinger (Benedikt XVI). Hunderte von Afrikaner stürmen die spanische Nordafrika Exklave Ceuta. Der stärkste je gemessene Hurrikan Katarina zerstört New Orleans. Frankreich ruft nach einer Gewaltserie im Pariser Vorort Clichy und 40 weiteren Städten den Notstand aus. Im November liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 10,9 Prozent.

Das Sachverständigen-Gutachten für das Gesundheitswesen fordert strukturelle Veränderungen, damit mehr dezentraler Wettbewerb möglich wird. Die SGB VIII-Reform, die mit dem § 8a SGB VIII den Kinderschutz stärken will, wird von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Das Antidiskriminierungsgesetz (ADG) wird verabschiedet.

Mechthild Greive kandidiert nicht mehr für den Vorstand. Stattdessen wird Gerhard Brückner gewählt, der mit Armin Kuhr und Heiner Vogel den geschäftsführenden Vorstand bildet. Der erweiterte Vorstand besteht aus Hubert Kötter (AWK), Jürgen Kuhlmann (Länderrat), Rudi Merod (QSK) und Peter Petereit (RDK). Die MV beschließt eine „flächendeckende Versorgung mit Fort- und Weiterbildungsangebote sicherzustellen“ mit dem Ziel, auch in Regionen aktiv zu werden, in denen es (noch)

keine DGVT-Ausbildungszentren gibt. Die Fachgruppe der Niedergelassenen diskutiert intensiv die Folgen des BSG-Urteils zu den Arbeitszeiten (mindestens 36 Stunden Psychotherapie in der Woche). Mit 908 TeilnehmerInnen in der Ausbildung wird eine neue Höchstzahl erreicht. Die DGVT gründet unter Leitung der AWK (Judith Schild) eine Akademie für Fortbildung in der Psychotherapie, die regionale Fortbildungen – auch im Sinne der jeweiligen Psychotherapeutenkammer – anbietet. Die DGVT nimmt an der Entwicklung von nationalen Versorgungsleitlinien teil. Klaus Grawe stirbt mit 62 Jahren.

2006

Der Irak kommt nicht zur Ruhe, es gibt fast täglich Terroranschläge. Die Republikaner verlieren die Mehrheit im US-Congress; die Forderung, die Truppen aus dem Irak zu holen, werden lauter. Wegen den Mohammed-Karikaturen, erschienen in Dänemark, gibt es weltweite Proteste und Terroranschläge. Nord-Korea beginnt mit Atomwaffentests. In Emsdetten/NRW versucht ein Schüler einen Amoklauf, verletzt mehrere Personen und tötet sich selbst. Der Welt-Aidsbericht verzeichnet für 2006 rd. 2,9 Mio. AIDS-Tote und 39,5 Mio. Infizierte.

Das Renteneintrittsalter wird schrittweise von 65 auf 67 Jahre (in 2029) abgehoben. Seit 14 Jahren gibt es im öffentlichen Dienst wieder einen Streik, der neun Wochen dauert. TVöD und TD-L lösen den BAT ab. Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) mit Oskar Lafontaine fusioniert mit der PDS zur Partei Die Linke. Die Arbeitslosenzahl sinkt auf 5,3 Millionen Menschen.

Am DGVT-Kongress „Psychotherapie in der *Entwicklung* in der Psychotherapie“ nehmen rund 1000 Personen teil; den D.G.V.T.-Preis erhält Roswitha Beck für ihr Engagement zum Empowerment von Menschen, die psychisch erkrankt sind. Den Vorstand bilden Gerd Brückner, Armin Kuhr und Heiner Vogel. Der erweiterte Vorstand besteht aus Hubert Kötter (AWK), Rudi Merod (QSK), Peter Petereit (RDK) und Bernd Schäfer (Länderrat). Die DGVT entwickelt Leitlinien für die Verbandsarbeit, die die Breite der politischen Tätigkeiten mit den Leitlinien 1. Fachpolitik vs. Berufspolitik, 2. Kammerpolitik und Verbandspolitik, 3. Nicht-therapeutische Arbeitsfelder, 4. Zukunft der Ausbildung und 5. Qualitätssicherung beschreibt. Auf Bundesebene bildet sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Ausbildungsträger, an der die DGVT teilnimmt. Die DGVT nimmt Stellung zu verschiedenen aktuellen politischen Entwicklungen wie SGB VIII-Reform (Kinderschutz), Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV, Erhalt der Landesförderung Frauen und Gesundheit“ in NRW und Kürzungen der Zuschüsse für Erziehungs- und Familienberatungsstellen in NRW.

2007

In Russland gewinnt Putins Partei „Einiges Russland“ die Wahlen; Russland nimmt am G8-Gipfel in Heiligenhafen teil. In Irak gibt es weiter zahlreiche Terroranschläge. Die EU beschließt eine Grundrechte-Charta und verständigt sich auf eine gemeinsame Außenpolitik. Mit dem Zusammenbruch der Lehmann-Die GroKo einigt sich auf einen Kompromiss beim Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländerinnen und Ausländer. Telekom-Beschäftigte streiken sechs Wochen gegen die Ausgliederung von 50.000 Beschäftigte in Service-Gesellschaften. Nach dem Kinderreport Deutsch-

land 2007 sind rd. 2,5 Mio. Kinder auf Sozialhilfe angewiesen, 5 Mio. Menschen insgesamt.

Bund und Länder einigen sich auf den Ausbau der Kindertagesstätten, bis 2013 sollen ein Drittel aller Kinder einen Kita-Platz erhalten. Der Bundestag beschließt ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden des Bundes und in Zügen der DB. Der Bund fördert Elite-Universitäten. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird von 4,2 auf 3,3 Prozent gesenkt, Arbeitnehmer ab 58 Jahren erhalten das ALG I für 24 Monate. Das Wettbewerbsstärkungsgesetz tritt in Kraft. Der Bundeshaushalt ist erstmals seit 1969 ausgeglichen.

Den DGVT-Vorstand bilden Gerd Brückner, Armin Kuhr und Heiner Vogel. Im erweiterten Vorstand sind Rudi Merod (QSK), Peter Petereit (RDK), Bernd Schäfer (Länderrat) und Judith Schild (AWK). Die MV diskutiert die Umbenennung der AWK, da diese die Fort- und Weiterbildung, nicht aber die Ausbildung entwickelt. Hubert Kötter eröffnet die Auftaktveranstaltung der Akademie für Fortbildung in Psychotherapie (afp) in Rostock, es ist sein letzter öffentlicher Termin für die DGVT. Er stirbt am 5. November. Mittlerweile sind mehr als 1300 Personen aktuell in der Ausbildung bei DGVT-ABZ. Die DGVT prüft eine Professionalisierung der ABZ. Die DGVT ist Mitglied im Gesprächskreis II (GK II), ein Treffen aller nicht-reinärztlichen Psychotherapeutenverbände, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Ausbildungsträger, der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychosoziale Versorgung im Krankenhaus, des Aktionsbündnis für Seelische Gesundheit, des PARITÄTischen und der Deutschen Gesellschaft für Beratung.

2008

Irland, Tschechien und Polen lehnen den Vertrag von Lissabon, der die Rechte des Europäischen Parlaments stärken soll, vorläufig ab. In Birma richtet ein Wirbelsturm verheerende Schäden an, mehr als 100.000 Menschen sterben. Die Insolvenz der Investmentbank Lehmann Brothers löst eine internationale Finanzkrise aus. Innerhalb von fünf Tagen beschließen Bundestag und Bundesrat ein Rettungspaket für die Banken in Form einer Bürgschaft von bis zu 500 Milliarden Euro. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt auf unter 3 Mio. (7,2 %). Barak Obama gewinnt die Wahlen in den USA.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der GKV wird der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen weiter verstärkt. Das Gesetz sieht eine Mindestquote von 25 Prozent für überwiegend oder ausschließlich psychotherapeutisch tätige Ärztinnen und Ärzte vor. Das Hausarztmodell (Door-Keeper-Funktion) wird gestärkt. Auch die Krankenhausfinanzierung wird neu geordnet, damit Krankenhäuser ihr Personal besser bezahlen können. Leistungen der Psychiatrie und der Psychosomatik werden über pauschalisierte, tagesgleiche Vergütungssätze refinanziert. Die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (SGB XI) sieht den Aufbau von Pflegestützpunkten und bessere finanzielle Leistungen für Menschen mit einer Demenzerkrankung sowie psychisch Erkrankungen vor. Die Diskussion um ein Präventionsgesetz geht weiter.

Die DGVT diskutiert intensiv Fragen zur Ausbildung und die Professionalisierung der Ausbildung. Es wird eine Ausbildungsvertretung (AV) gebildet. In der Diskussion der

MV wird deutlich, dass die ABZ aufgrund ihrer rechtlichen Struktur nicht der MV verpflichtet sind, sondern vom Vorstand kontrolliert werden. Den geschäftsführenden Vorstand bilden Gerhard Brückner, Rudi Merod und Heiner Vogel. Der erweiterte Vorstand besteht aus Markus Hertle (QSK), Peter Petereit (RDK), Bernd Schäfer (Länderrat) und Judith Schild (AWK). Nach einer Tagung zu den „Interkulturellen Aspekten in Therapie und Beratung“ gründet sich eine Fachgruppe „Migranten und Flüchtlinge“ der DGVT. Aus der Gruppe der Auszubildenden entsteht die „PiA-AG“, die erstmals beim Intergremientreffen die Interessen der Auszubildenden in den DGVT-ABZ vertritt. Im Ausbildungsverbund der DGVT sind Ende 2008 insgesamt 14 Standorte vertreten. Damit bilden die DGVT-ABZ rund 30 Prozent aller PiAs, die Verhaltenstherapie lernen, aus. Den D.G.V.T.-Preis erhält erstmals keine einzelne Person sondern das Darmstädter Netzwerk zur Behandlung von Borderline-Störungen.

2009

Der Lissabon-Vertrag wird von allen EU-Staaten gebilligt. Die Banken- und Finanzkrise führt zu einer weltweiten wirtschaftlichen Rezession. Die Bundesregierung reagiert mit einem Konjunkturprogramm (u. a. „Abwrackprämie“ für neue Autos) in Höhe von 50 Mrd. €. In Winnenden erschießt ein 17jähriger Schüler 15 Menschen und sich selbst. An der Schweinegrippe sterben weltweit rund 17.000 Menschen. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz rettet die Bundesregierung die Hypo Real Estate. Rund 250.000 Menschen protestieren bundesweit für ein besseres Schul- und Universitätssystem und gegen Studiengebühren. Robert Enke, Nationaltorwart, nimmt sich mit 32 Jahren das Leben, er litt an einer schweren Depression. In den USA billigt der Congress die von Barak Obama initiierte Gesundheitsreform.

Deutschland ratifiziert die UN-Behindertenrechtskonvention, die damit rechtlich bindend ist. Der Hausarzt als „Door-Keeper“ wird rechtsverbindlich eingeführt. Pflegekassen müssen eine Pflegeberatung vorhalten und Angehörige in Pflege schulen. Zigaretten und Tabak können erst ab 18 Jahre verkauft werden. Die ersten Nichtraucherschutzgesetze der Länder treten in Kraft. Das Bundeskinderschutzgesetz scheitert im Bundestag aufgrund des Widerstandes der SPD-geführten Länder. Mit der Föderalismusreform wird das Heimrecht zu einer Länderaufgabe.

Die DGVT hat zum Jahresbeginn 5459 Mitglieder, davon sind mittlerweile zwei Drittel weiblich. 65 Prozent treten wegen der Ausbildung in Verhaltenstherapie in die DGVT ein. Der Verband ist finanziell konsolidiert. Der Verlag verzeichnet Wachstumsraten von rund 20 Prozent. Die Beschäftigten bleiben bei der DGVT, es gibt kaum einen Wechsel in der Geschäftsstelle. Die DGVT ist auf vielen Feldern aktiv: vom Gesprächskreis II der Psychotherapieverbände über die Bundesarbeitsgemeinschaft Psychosoziale Versorgung im Akutkrankenhaus bis hin zum Aktionsbündnis Seelische Gesundheit und der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. Die DGVT entwickelt für die weitere Ausbildung das „Tübinger Modell“. Wolfgang Schreck wird anstelle von Gerhard Brückner in den DGVT-Vorstand gewählt. Rudi Merod und Heiner Vogel bleiben im Vorstand. Der erweiterte Vorstand (Markus Hertle, Qualitätssicherungskommission (QSK), Peter Petereit, Redaktionskommission (RDK), Bernd Schäfer, Länderrat, Judith Schild, Aus- und Weiterbildungskommission (AWK)) bleibt. Die GGFP beschließt auf ihrer Jahrestagung die Münchner Erklärung zur Gesundheitsförderung, die Vorrang vor der Prävention haben soll. Die

DGVT befragt ihre Mitglieder, die sehr zufrieden mit dem Service und der politischen Haltung der DGVT sind.

2010

In Haiti sterben über 230.000 Menschen bei einem Erdbeben. In Duisburg sterben 21 Menschen bei der Love-Parade. Deutschland meistert die Finanzkrise, die zu einer Eurokrise wird. Griechenland, Portugal und Irland müssen den „Euro-Rettungsschirm“ in Anspruch nehmen, sie müssen radikale Sparprogramme auflegen. Der „kleine“ Mann zahlt für die Gier der Banker. Der polnische Präsident Lech Kaczynski stirbt bei einem Flugzeugabsturz auf dem Weg zur Gedenkfeier des 70. Jahrestags des Massakers von Katyn. Die Proteste gegen Stuttgart 21 nehmen zu, bei einer Demonstration im September kommt bei der Räumung des Schlossgartens zu mehreren Schwerverletzten.

Pater Mertes, SJ, macht den langjährigen Missbrauch von Schülern durch Lehrer und Patres am Canisius-Kolleg in Berlin öffentlich; der Missbrauch von Schülerinnen und Schüler in der Odenwaldschule wird endlich nach Jahren der Leugnung als zutreffend angesehen; parallel wird die Heimerziehung der 60er und 70er Jahre diskutiert. Es wird ein Runder Tisch Heimerziehung und ein Eckiger Tisch zu sexuellen Missbrauch in Schulen und Internaten eingerichtet. Christine Baumann wird erste Beauftragte.

Der Bundestag beschließt das Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der GKV, mit dem der Arbeitgeberbeitrag gedeckelt bleibt, die paritätische Finanzierung ist aufgehoben. Nach der Entscheidung des BVerfG wird die HARTZ IV-Gesetzgebung (Grundsicherung nach SGB II und XII) neu geregelt. Gleiches gilt für die Sicherheitsverfahren und die Führungsaufsicht.

Die DGVT lädt zum Kongress „... Beziehungsweise Psychotherapie“ nach Berlin. Der DGVT-Preis geht an Tania Lincoln und der DGVT-Förderpreis an die CANDIS-Arbeitsgruppe (Entwicklung eines Therapieprogramms für Cannabis-Abhängige). Die MV bestätigt den geschäftsführenden Vorstand mit Rudi Merod, Wolfgang Schreck und Heiner Vogel. Auch der erweiterte Vorstand mit Markus Hertle (QSK), Peter Peterreit (RDK), Bernd Schäfer (Länderrat) und Judith Schild (AWK) wird bestätigt. Die MV beschließt einstimmig die Gründung einer GmbH für die Ausbildungsinstitute, die im Oktober gegründet wird. Die DGVT hält 51% der Anteile, die AZB insgesamt 49%.

2011

Der „Arabische Frühling“ macht trügerischer Hoffnung auf eine Demokratisierung; ein Erdbeben in Japan erzeugt ein Tsunami, der mehrere Atomkraftwerke bei Fukushima/Japan zerstört; die Bundesregierung beschließt den Ausstieg aus der Atomenergie; die Mordserie der NSU endet mit dem Tod der beiden Haupttäter Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt; in Norwegen ermordet Anders B. Breivik 77 Menschen. Mit einem Unabhängigkeitsreferendum trennt sich der christlich dominierte Südsudan vom muslimisch geprägten Sudan.

Der Bundestag beschließt das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (Versorgungsstrukturgesetz) mit dem Ziel

die gesundheitliche Versorgung in den ländlichen Räumen zu sichern. Die Diskussion um die Reform der Eingliederungshilfe wird auch in der DGVT geführt.

Die DGVT kritisiert den Entwurf des Versorgungsstrukturgesetzes als unzureichend und befürchtet, dass die flächendeckende Versorgung „unter die Räder kommen“ wird. Gleichzeitig begrüßt die DGVT den Entwurf für ein Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs. Auf der 1. Bundeskonferenz der Leiterinnen und Leiter staatlich anerkannter Ausbildungsstätten für Psychotherapie erklärte Annette Widmann-Mauz, parlamentarische Staatssekretärin im BMG, dass die Politik ernsthaft über die Direkt-Ausbildung in der Psychotherapie nachdenke. Die Ausbildungsstätten votierten bei diesem Treffen mit großer Mehrheit für ein Studium mit Master-Abschluss als einheitliche Zugangsvoraussetzung zur staatlich anerkannten Psychotherapie-Ausbildung. Wie dann eine Direkt-Ausbildung organisiert werden kann, und was diese für die Ausbildungsinstitute für Folgen hat, wurde abschließend auf dieser Konferenz nicht geklärt.

2012

Bei einer Kältewelle in Europa sterben über 600 Menschen. Die Eurokrise hat Griechenland und Portugal fest im Griff, sie bedroht auch Spanien und Italien. Die EU bewilligt weitere Kredite für Griechenland, dies führt zu kontroversen Debatten in Deutschland, das BVerfG bestätigt die Kredite als rechtmäßig. In Ägypten erringen die Moslem-Bruderschaft die Mehrheit. In Syrien beginnt der Bürgerkrieg mit ersten Flüchtlingswellen. Barak Obama wird erneut zum Präsidenten der USA gewählt.

Die Praxisgebühr bei der ärztlichen und psychotherapeutischen Behandlung wird abgeschafft. Das Pflege-Neuausrichtungsgesetz führt zu einer weiteren Privatisierung der Pflege-Risiken („Pflege-Bahr“). Das Bundeskinderschutzgesetz tritt in Kraft.

Die DGVT-MV beschließt bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Gründung eines DGVT-Berufsverbandes. Der geschäftsführende DGVT-Vorstand, weiterhin bestehend aus Rudi Merod, Wolfgang Schreck und Heiner Vogel, wird auch DGVT-BV-Vorstand. Bernhard Schäfer scheidet aus dem erweiterten Vorstand aus, für ihn wird Alexandra Klich (Länderrat) gewählt. Markus Hertle (QSK), Peter Petereit (RDK) und Judith Schild (AWK) bleiben im Vorstand. Der DGVT-BV gründet die Fachgruppen „Angestellte“ und „Niedergelassene“. Die DGVT-Kommissionen „doppeln“ sich und werden damit auch Kommissionen des DGVT-BV.

Die DGVT-AusbildungsAkademie hat zum Jahresende 19 Standorte, 27 Ausbildungsgänge und 1503 Teilnehmende. Der MV liegen Rechenschaftsberichte vom Länderrat, den Kommissionen (AWK, QSK, RDK) den Fachgruppen „Frauen in der psychosozialen Versorgung“, „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie“, „Forum Beratung“, „PsychotherapeutInnen in Ausbildung“, den Europadelegierten und des Ethikbeirates vor. Es bildet sich die Fachgruppe „Ältere Menschen in der Psychosozialen Versorgung“, die Antworten auf die Frage, wie eine gute psychosoziale Begleitung älterer Menschen aussehen kann, sucht.

Auf dem DGVT-Kongress „Psychotherapie kann mehr“ erhält Bernd Röhrle den DGVT-Preis, Michael Witthöft wird mit dem Förderpreis ausgezeichnet. Heiner Keupp

und Frank Nestmann fordern in einem Offenen Brief eine Überarbeitung der Ausbildungsrichtlinien mit Blick auf gemeindepsychologische Perspektiven.

Die Ausbildung in Psychologischer Psychotherapie der DGVT-AusbildungsAkademie wird zum Masterstudiengang der Universität Bern. In der DGVT wird weiter kontrovers über die geplante Direkt-Ausbildung - basal, dual oder postgradual - diskutiert.

2013

In Syrien geht der Bürgerkrieg weiter. In Ägypten wird der gewählte Staatspräsident Mohammed Mursi vom Militär abgesetzt. Edward Snowden enthüllt die Arbeitsweise des US-Geheimdienstes NSA. Die von der EU verordnete Austeritätspolitik in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Zypern führt dort zu Protesten und neuen politischen Bewegungen. Irland verlässt den „Euro-Rettungsschirm“. Mit der Bundestagswahl wird die Regierung aus CDU/CSU und FDP durch eine CDU/CSU – SPD-Regierung ersetzt. Eine vorstellbare „linke“ Regierung bestehend aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wird nicht geprüft.

Das Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderungen bei Beitragsschulden in den privaten oder gesetzlichen Krankenversicherungen soll Nicht-Versicherte die Rückkehr in eine Krankenversicherung ermöglichen. Mit dem dritten Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften erhält der Gemeinsame Bundesausschuss mehr Flexibilität bei der Auswahl zweckmäßiger Vergleichstherapien. Das BVerfG stellt fest, dass die Unterbringung von Gustl Mollath in der forensischen Psychiatrie rechtswidrig ist. Die Voraussetzungen für eine Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB) oder in eine Entziehungsanstalt (§ 64 StGB) müssen überarbeitet werden. Ein 2. Anlauf zur Verabschiedung eines Präventionsgesetzes scheitert. Das DSM V wird von der WHO in Kraft gesetzt.

Die DGVT hat zum Jahresanfang 6.865 Mitglieder, der DGVT-BV hat rund 1.500. Das ABZ Bodensee hat mit der Universität Konstanz ein AN-Institut gegründet. Der Vorstand aus Wolfgang Schreck, Rudi Merod und Heiner Vogel wird bestätigt. Neu in den erweiterten Vorstand werden Hans-Peter Michels für die RDK und Wolfgang Schneider als Sprecher der ABZ gewählt. Im gehören weiterhin Alexandra Klich (Länderrat), Markus Hertle (QSK) und Judith Schild (AWK), an. DGVT und DGVT-BV positionieren sich: sie fordern die duale Direktausbildung (Gleiniger-Modell) und die Entlohnung der PiAs während der Ausbildung. Das sind, so die Forderung, mit der Novellierung des PsychThG auch Refinanzierungsregelungen für die Kliniken einzuführen. Zum Jahresende hat die DGVT 7.125 und der DGVT-BV 2.242 Mitglieder. Das Durchschnittsalter der DGVT-Mitglieder ist auf 44 Jahre gesunken.

2014

In den arabischen Staaten wird der Islamische Staat (IS) stärker. In Teilen von Syrien und in angrenzenden Gebieten des Iraks kann er in einigen Regionen seine territoriale Herrschaft ausüben. Die Krise in der Ukraine eskaliert; über der Ost-Ukraine wird ein Flugzeug mit 298 Personen abgeschossen. In Dresden beginnen die Montagsdemonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA).

Der Bundestag verabschiedet das GKV-Finanzstruktur- und Qualitätsweiterentwicklungsgesetz (GKV-FQWG) mit dem die Zusatzbeiträge zur GKV zu Lasten der Versicherten festgeschrieben, die Gründung eines Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen durch den Gemeinsamen Bundesausschuss ermöglicht wird. Weiterhin wird das pauschalierte Vergütungssystem für psychiatrische und psychosomatische Krankenhäuser um zwei Jahre verlängert und mit dem Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie der gesetzliche Mindestlohn eingeführt. Beide Gesetze treten zum 1.1.2015 in Kraft.

Den geschäftsführenden Vorstand bilden Rudi Merod, Wolfgang Schreck und Heiner Vogel. Der erweiterte Vorstand besteht aus Markus Hertle (QSK), Alexandra Klich (Länderrat), Alfred Luttermann (DGVT-AusbildungsAkademie), Hans-Peter Michels (RDK) und Judith Schild (AWK). Die DGVT fordert den Mindestlohn auch für die PiAs. Auf dem DGVT-Kongress zu den „Positiven Perspektiven in Psychotherapie und Gesellschaft“ wird der DGVT-Preis an Martin Hautzinger verliehen. Der Nachwuchs-Preis geht an Daniel David Ebert, Samia Härtling und Nele Nyenhuis. Dem Aufruf des Gesprächskreises II der Psychotherapie-Verbände zu einem Aktionstag für Honorargerechtigkeit am 25. September in Berlin folgen rund 1500 Menschen. Der Bewertungsausschuss hatte gegen seinen Beschluss die antragspflichtigen psychotherapeutischen Leistungen nicht Neubewertet. Der 25. Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) fordert ein Psychotherapie-Hochschulstudium mit einem Staatsexamensabschluss, die zur Approbation führt. Daran soll sich eine Qualifizierungsphase II anschließen.

Die DGVT wird Mitglied in der International Association for Cognitive Psychotherapy. DGVT und DGVT-BV fordern in einer Stellungnahme zur Situation der Geflüchteten, gemeinsam Barrieren abzubauen und Flüchtlingen eine Perspektive zu bieten. Die DGVT arbeitet mittlerweile an der Erstellung von Behandlungsleitlinien mit.

2015

Der Krieg in Syrien eskaliert, in der Folge fliehen Millionen Menschen in die Türkei und von dort Hunderttausende nach Europa, 800.000 alleine nach Deutschland. Das Dublin-Abkommen zum EU-Asyl wird damit in Frage gestellt. Es kommt in Deutschland zu mehreren gewalttätigen Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Der Islamische Staat übernimmt die Verantwortung für zwei Terroranschläge in Paris (Januar: Charlie Hebdo und November). Der Waffenstillstand in der Ukraine wird nicht eingehalten. In den USA wird bekannt, dass VW und andere deutsche Autoproduzenten die Abgaswerte von Dieselaautos manipuliert haben. In Paris vereinbaren die Länder der Welt weitreichende Klimaziele. Alexis Tsipras wird griechischer Ministerpräsident. Frauke Petry wird neue Parteivorsitzende der AfD, ihr Mitbegründer Bernd Lucke tritt aus. Der Absturz einer Germanwings-Maschine in den französischen Alpen führt zu einer Diskussion über die ärztliche (und psychotherapeutische) Schweigepflicht.

Das Pflegestärkungsgesetz I mit Leistungsverbesserungen für Menschen mit einer Demenzerkrankung, einer chronischen psychischen Erkrankung und/oder einer geistigen Behinderung tritt in Kraft. Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention. Die GKV und PKV sollen in einer Nationalen Präventionskonferenz gemeinsame Gesundheitsziele (Nationale Präven-

tionsstrategie) vereinbaren, die sie dann jeweils alleine oder gemeinsam umsetzen. Die finanziellen Mittel (Versichertengelder) rund 500 Mio. € verbleiben bei den Krankenkassen. Der Ansatz zur Förderung der Selbsthilfe wird auf 30 Mio. € erhöht. Der Bundestag beschließt das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung, mit dem die Palliativpflege und die spezialisierte Palliativversorgung (SAPV) gestärkt werden soll. Mit dem Krankenhausstrukturgesetz soll die finanzielle Situation der Krankenhäuser verbessert werden. Es gibt eine deutliche Öffnung des Krankenhausangebotes in den ambulanten Sektor. Die Erzieherinnen streiken rund vier Wochen für eine bessere Bezahlung. Der Deutsche Bundestag empfiehlt die Einrichtung einer Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs von Kindern.

Vorstand und erweiterter Vorstand bleiben in der personellen Besetzung des Vorjahres. Die MVen von DGVT und DGVT-BV beschließen jeweils einstimmig die Entsendung einer PiA-Vertretung, die vom geschäftsführenden Vorstand berufen wird, in den erweiterten Vorstand. Die DGVT legt Forderungen an eine Überarbeitung des PsychThG und der Psychotherapieausbildung vor. Mit der Stellungnahme „Solidarität und Integration neu denken“ positioniert sich die DGVT in der Frage zum Umgang mit den Geflüchteten. Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) entwickelt eine Musterweiterbildungsordnung und Kriterien für eine Approbationsordnung. Günter Ruggaber vertritt die BAG der Ausbildungsträgerverbände in dem Expertengremium der BPtK. Die DGVT wächst weiter um 426 Mitglieder und verjüngt sich auf durchschnittlich 43,7 Jahre.

2016

Das Jahr beginnt in Deutschland mit einer Debatte um die sexualisierten Übergriffe während der Silvesternacht in Köln. Es gibt erneut Anschläge in Brüssel, Nizza und Berlin, die der IS für sich reklamiert. Weitere Anschläge gibt es u.a. in Ankara, Kabul, Istanbul, Bagdad, Gaziantep (Kurdistan), Aden und Kairo. Ein Jugendlicher verletzt fünf Menschen in einem Regionalzug bei Würzburg, in München tötet ein Jugendlicher neun (mehrheitlich junge) Menschen und sich selbst. Die Mehrheit der Menschen in Großbritannien stimmen für den Austritt aus der EU (Brexit), in der Türkei scheitert ein Putschversuch und gibt Präsident Erdogan die Möglichkeit, den Ausnahmezustand auszurufen und regierungskritische Personen zu verhaften. In der USA wird Donald Trump mit der Mehrheit der „Wahlmänner“ zum Präsidenten gewählt.

Der Bundestag beschließt das Pflegestärkungsgesetz II, mit dem eine neue Bewertung von Pflegebedürftigkeit, die auch verändertes Verhalten (wie Demenz) berücksichtigt, ab dem 1.1.2017 eingeführt wird, und das Bundesteilhabegesetz, mit dem die Eingliederungshilfe zum 1.1.2020 aus dem Fürsorgesystem (SGB XII) herausgelöst und zu einem Recht auf gesellschaftliche Teilnahme im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickelt wird (SGB IX). Weiterhin beschließt er das PSG III, mit dem die Regelungen des PSG II für die Hilfe zur Pflege (SGB XII) übernommen werden.

Mit dem Gesetz zur Versorgung und Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen werden krankenhaushausindividuelle Budgets eingeführt. Dabei orien-

tiert sich die Vergütung stärker an Leitlinien, Einhaltung von Personalstandards und Qualitätsvorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses. Die Unterbringungsbedingungen nach §§ 63 und 64 StGB werden neuregelt. Der Gemeinsame Bundesausschuss reformiert mit den neuen Psychotherapie-Richtlinien die Strukturen der ambulanten Psychotherapie. Die Praxen müssen eine „offene Sprechstunde“ anbieten, die verpflichtend für den Beginn einer Psychotherapie ist, auch soll damit ein niedrighschwelliges Angebot für Menschen, die ansonsten lange auf eine Psychotherapie warten müssten, geschaffen werden.

Die MV wählt Judith Schild in den geschäftsführenden Vorstand, zu dem noch Rudi Merod und Wolfgang Schreck gehören. Den erweiterten Vorstand bilden Markus Hertle (QSK), Alexandra Klich (Länderrat), Oliver Kunz (AWK), Alfred Luttermann (ABZ) und Hans-Peter Michels (RDK). Im Rahmen des DGVT-Kongresses „The Dark Side of the Moon – Krise, Traumata ... verlorene Sicherheit zurückgewinnen“ erhält Frank Nestmann den DGVT-Preis und Isabelle Habedank, Sarah Lennartz und Simone Matulis den DGVT-Förderpreis. Auf dem Kongress bildete sich die Fachgruppe „Verhaltenstherapeutische Versorgung in der somatischen Medizin“.

Die DGVT-AusbildungsAkademie berät die Folgen eines möglichen Psychotherapeutengesetzes und der Einführung der Direkt-Ausbildung. Als Mindestforderung wird formuliert, dass die Finanzierung aller Bereiche – vom Klinikpraktikum bis zum am Weiterbildungsinstitut angesiedelten Weiterbildungsassistenten – gesetzlich geregelt wird. Die Evaluation des Angebotes der ABZ (Zufriedenheitsbefragung) wird auf wissenschaftlich sichere „Füße“ gestellt. Die Eingruppierung von approbierten psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten in die EG 14 des TVÖD kann durchgesetzt werden.

2017

Großbritannien erklärt den Austritt aus der EU. Ungarn und Polen verstoßen mit der Auflösung der Gewaltenteilung gegen Grundrechte der EU. In Österreich bildet die ÖVP mit der FPÖ eine Koalition. Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel wird Anfang des Jahres wegen Terrorpropaganda in der Türkei verhaftet. Emmanuel Macron gewinnt die Stichwahl gegen Le Pen und wird französischer Präsident. Die USA kündigt die Pariser Klimaverträge auf. Die Konservative Partei verliert in den vorgezogenen Neuwahlen ihre absolute Mehrheit im britischen Unterhaus. Nordkorea erprobt erfolgreich eine Wasserstoffbombe. In Katalonien eskaliert der Streit um die Unabhängigkeit. Die AfD wird in den Bundestag gewählt. Die Bildung einer Koalition aus CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP scheitert.

Der Bundestag beschließt die „Ehe für alle“ und die Rehabilitation der Menschen, die auf der Grundlage des § 175 StGB in den ersten Jahren der Bundesregierung strafrechtlich verfolgt und verurteilt wurden. Das BVerfG erklärt die Regelung des Personenstandgesetzes, nachdem es nur zwei Geschlechter gibt, für unvereinbar mit dem Grundgesetz. Das BMG legt Eckpunkte zur Novellierung des PsychThG vor.

Auf Vorschlag des Vorstandes beschließt die MV, eine AG Strukturdebatte mit drei Untergruppen (kurzfristige Änderungen, DGVT- neu denken und DGVT-minimal-invasiv verändern) einzusetzen. Der geschäftsführende Vorstand bleibt mit Rudi Merod, Judith Schild und Wolfgang Schreck unverändert, der erweiterte Vorstand

besteht aus Markus Hertle (QSK), Alexandra Klich (Länderrat), Oliver Kunz (AWK), Hans-Peter Michels (RDK) und Sandra Münstermann (ABZ).

Die DGVT kritisiert den vorgelegten Arbeitsentwurf zur Reform des PsychThG als unzureichend, da der vorgesehene Doppelabschluss eines Bachelors und Master einerseits und des Staatsexamens andererseits zu einer Reduktion der praktischen Anteile führe. Damit würde auch ein „Flaschenhals“ geschaffen, weil Masterstudienplätze fehlen. Kritisiert wurde weiter, dass es keine Festlegung auf wissenschaftliche Psychotherapieverfahren gebe und dass die zukünftige Weiterbildung und deren Finanzierung nicht geregelt sei. In einer weiteren Stellungnahme wird das „Schweigekartell über die psychotherapeutische Unterversorgung“ kritisiert, das durch die Entscheidung des Bundesschiedsamts, die Terminservicestellen der kassenärztlichen Vereinigungen müssen auch Termine für probatorische Sitzungen bei Psychotherapeutinnen und -therapeuten vermitteln, offenkundig geworden sei; denn mit dem Schiedsamtsspruch sei keine Erhöhung der Kapazitäten in der ambulanten Psychotherapie verbunden. Im DGVT-Verlag erscheinen das neue VT-Lehrbuch: Verhaltenstherapie – was sie kann und wie es geht und die Lehrfilme zum Buch. Die UAG „Schnelle Lösungen“ der AG Strukturreform legt erste Vorschläge zur Erleichterung der Arbeit der Ehrenamtlichen vor. Die beiden anderen UAGs („Visionäre“ und „Minimalinvasiv“) arbeiten noch und wollen ihre Überlegungen dem Intergremientreffen 2018 vorlegen.

Fortsetzung der Chronik erfolgt dann in der VPP 3/2042 (die nächsten 25 Jahre)

Korrekturen:

Im Teil 1 der Chronik (VPP 3/2018 S. 757 – 765) finden sich zwei Fehler:

1976: Die Aussage „Die Vorstandsarbeit wird kritisch von der Gesundheitspolitischen Kommission (GPK) begleitet“ trifft zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu; denn 1978 fordert die Mitgliederversammlung den Vorstand auf, eine Gesundheitspolitische Kommission einzusetzen, was dieser auch tut. Danach wird die Vorstandsarbeit dann kritisch durch die GPK begleitet.

1979: In diesem Jahr gründen sich in verschiedenen Ländern Listenbündnisse „Die Grünen“. Diese Listen treten auch zur Europawahl am 10. Juni 1979 an und erreichen 3,2 Prozent. In Bremen schafft eine Bremer Grüne Liste mit 5,1 Prozent den Sprung in die Bürgerschaft. Der Gründungspartei der Bundespartei DIE GRÜNEN fand dann am 12./13.1.1980 in Karlsruhe statt.